

BVGer D-924/2015 vom 14. September 2015

Bundesverwaltungsgericht, 2015-09-14, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bvger_D-924_2015

FR: TAF D-924/2015 du 14 septembre 2015

IT: TAF D-924/2015 del 14 settembre 2015

Regeste

Visum aus humanitären Gründen (VrG)

Erwägungen

E. 1.1

Gemäss Art. 31 VGG beurteilt das Bundesverwaltungsgericht unter Vorbehalt der in Art. 32 VGG genannten Ausnahmen Beschwerden gegen Verfügungen nach Art. 5 VwVG, welche von einer in Art. 33 VGG aufgeführten Behörde erlassen wurden. Darunter fallen unter anderem Verfügungen beziehungsweise Einspracheentscheide des SEM, mit denen die Erteilung eines Visums verweigert wird. In dieser Materie entscheidet das Bundesverwaltungsgericht endgültig (Art. 83 Bst. c Ziff. 1 BGG).

E. 1.2

Sofern das VGG nichts anderes bestimmt, richtet sich das Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht nach dem VwVG (Art. 37 VGG).

E. 1.3

Der Beschwerdeführer ist als Gastgeber, der am Einspracheverfahren teilgenommen hat und Adressat des angefochtenen Entscheids des SEM ist, zur Beschwerde legitimiert (Art. 48 Abs. 1 VwVG; vgl. auch BVGE 2014/1 E. 1.3). Auf die frist- und formgerecht eingereichte Beschwerde ist somit einzutreten (Art. 50 und 52 VwVG).

E. 2

Bei der Erteilung beziehungsweise Verweigerung eines humanitären Visums handelt es sich - trotz einigen Berührungspunkten zu asylrechtlichen Fragestellungen - um eine ausländerrechtliche Materie, da die Verordnung vom 22. Oktober 2008 über die Einreise und die Visumerteilung (VEV, SR 142.204) eine Ausführungsverordnung zum Ausländergesetz vom 16. Dezember 2005 (AuG, SR 142.20) darstellt. Daher kommt im vorliegenden Verfahren die allgemeine Kognitionsbestimmung von Art. 49 VwVG zur Anwendung, wonach mit Beschwerde die Verletzung von Bundesrecht einschliesslich Überschreitung oder Missbrauch des Ermessens, die unrichtige oder unvollständige Feststellung des rechtserheblichen Sachverhalts und die Unangemessenheit gerügt werden kann (vgl. BVGE 2015/5 E. 2).

E. 3.1

Das schweizerische Ausländerrecht kennt weder ein allgemeines Recht auf Einreise, noch gewährt es einen besonderen Anspruch auf Erteilung eines Visums. Die Schweiz ist daher - wie andere Staaten auch - grundsätzlich nicht verpflichtet, ausländischen Personen die Einreise zu gestatten. Vorbehältlich völkerrechtlicher Verpflichtungen handelt es sich dabei

um einen autonomen Entscheid (vgl. BVGE 2009/27 E. 3 m.w.H.).

E. 3.2

Der vorinstanzlichen Verfügung liegen Visa-Anträge syrischer Staatsangehöriger zugrunde. Die im AuG und den Ausführungsbestimmungen enthaltenen Regelungen über das Visumsverfahren und die Ein- und Ausreise gelangen nur soweit zur Anwendung, als die Schengen-Assoziierungsabkommen keine abweichenden Bestimmungen enthalten (Art. 2 Abs. 2-5 AuG).

E. 3.3

Angehörige von Drittstaaten (d. h. Staaten, die nicht Teil des Schengen-Raumes sind), die in die Schweiz beziehungsweise den Schengen-Raum einreisen wollen, müssen für einen Aufenthalt von höchstens drei Monaten über ein für den Grenzübertritt gültiges Reisedokument, ein Visum und die notwendigen finanziellen Mittel verfügen. Ferner müssen sie den Zweck und die Umstände des beabsichtigten Aufenthalts belegen und für die fristgerechte Wiederausreise Gewähr bieten. Sie dürfen keinem Einreiseverbot unterliegen und es darf keine Gefahr von ihnen für die öffentliche Ordnung, die innere Sicherheit, die öffentliche Gesundheit oder die internationalen Beziehungen eines Mitgliedstaats ausgehen (Art. 5 Abs. 1 und Abs. 2 AuG; Art. 2 Abs. 1 VEV i.V.m. Art. 5 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen [Schengener Grenzkodex], geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 610/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013; Art. 14 Abs. 1 Bst. a-c und Art. 21 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 810/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über einen Visakodex der Gemeinschaft [Visakodex]).

E. 3.4

Sind die Voraussetzungen für die Ausstellung eines für den gesamten Schengen-Raum geltenden Visums nicht erfüllt, kann gemäss Art. 5 Abs.4 Bst. c Schengener Grenzkodex ein Visum mit räumlich beschränkter Gültigkeit erteilt werden, indem der betroffene Mitgliedstaat einem Drittstaatsangehörigen die Einreise in sein Hoheitsgebiet aus humanitären Gründen, aus Gründen des nationalen Interesses oder aufgrund internationaler Verpflichtungen gestattet (Art. 25 Abs. 1 Bst. a Visakodex). Im schweizerischen Recht wurde diese Möglichkeit in Art. 2 Abs. 4 und 12 Abs. 4 VEV verankert, wonach das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und das SEM im Rahmen ihrer Zuständigkeit im Einzelfall eine Einreise für einen Aufenthalt von höchstens 90 Tagen aus humanitären Gründen oder zur Wahrung nationaler oder internationaler Verpflichtungen bewilligen können.

E. 4.1

Die Möglichkeit der Erteilung eines Visums aus humanitären Gründe hat insbesondere angesichts der Aufhebung der Möglichkeit, bei einer Schweizer Vertretung im Ausland ein Asylgesuch einzureichen, an Bedeutung gewonnen. In seiner Botschaft zur entsprechenden Gesetzesänderung hat der Bundesrat auf die Möglichkeit der Visumerteilung aus humanitären Gründen verschiedentlich Bezug genommen; am 28. September 2012 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) in Absprache mit dem EDA die Weisung Nr. 322.126 "Visumsantrag aus humanitären Gründen" erlassen. Diese Weisung wurde überarbeitet und schliesslich durch die Weisung Nr. 322.126 vom 25. Februar 2014 (nachfolgend: Weisung humanitäres Visum) ersetzt.

E. 4.2

Mit der dringlichen Änderung des Asylgesetzes vom 28. September 2012 (AS 2012 5359), welche am 29. September 2012 in Kraft trat, wurden unter anderem die Bestimmungen betreffend die Stellung von Asylgesuchen aus dem Ausland aufgehoben. Da im Einzelfall jedoch nicht ausgeschlossen werden kann, dass Personen, die Schutz vor asylrechtlich relevanter Verfolgung geltend machen, bei den schweizerischen Vertretungen vorsprechen und um die Einreise in die Schweiz ersuchen, wurde die Möglichkeit geschaffen, aus humanitären Gründen und mit Zustimmung des BFM respektive SEM ein Einreisevisum zu erteilen (vgl. Art. 2 Abs. 4 VEV [in Kraft getreten am 1. Oktober 2012]). Sobald sich der Inhaber eines Visums aus humanitären Gründen in der Schweiz befindet, muss er ein Asylgesuch einreichen. Falls er dies unterlässt, hat er die Schweiz nach drei Monaten wieder zu verlassen. In der Botschaft vom 26. Mai 2010 zur Änderung des Asylgesetzes (BBl 2010 4455) hielt der Bundesrat, unter Hinweis auf die Wahrung der humanitären Tradition der Schweiz, wiederholt fest, auch in Zukunft sollten gefährdete Personen weiterhin den Schutz der Schweiz erhalten können, indem die Einreise in die Schweiz durch eine Visumerteilung für Personen, die im Herkunftsstaat unmittelbar, ernsthaft und konkret gefährdet seien, bewilligt werde (vgl. BBl 2010 4468, 4472, 4490).

E. 4.3

Gemäss der Weisung humanitäres Visum kann ein Visum aus humanitären Gründen erteilt werden, wenn bei einer Person aufgrund des konkreten Einzelfalls offensichtlich davon ausgegangen werden muss, dass sie im Heimat- oder Herkunftsstaat unmittelbar, ernsthaft und konkret an Leib und Leben gefährdet ist. Die betroffene Person muss sich in einer besonderen Notsituation befinden, die ein behördliches Eingreifen zwingend erforderlich macht und die Erteilung eines Einreisevisums rechtfertigt. Dies kann etwa bei akuten kriegerischen Ereignissen oder bei einer aufgrund der konkreten Situation unmittelbaren individuellen Gefährdung gegeben sein. Das Gesuch ist unter Berücksichtigung der aktuellen Gefährdung, der persönlichen Umstände der betroffenen Person und der Lage im Heimat- oder Herkunftsland sorgfältig zu prüfen. Befindet sich die Person bereits in einem Drittstaat, ist in der Regel davon auszugehen, dass keine Gefährdung mehr besteht (vgl. BBl 2010 4455, insbesondere 4467 f., 4471 f. und 4490 f.). Die Einreisevoraussetzungen sind somit beim Visumverfahren noch restriktiver als bei den (ehemals zulässigen) Auslandgesuchen, bei denen Einreisebewilligungen nur sehr zurückhaltend erteilt wurden beziehungsweise (bei den noch hängigen Verfahren) werden (vgl. zur entsprechenden Praxis BVGE 2011/10 E. 3.3). Auf diesen Umstand hatte auch der Bundesrat in der Botschaft hingewiesen (vgl. BBl 2010 4468, 4490; vgl. im Übrigen BVGE 2015/5 E. 4.1).

E. 4.4

Das BFM hatte sodann Ende Juli 2012 beziehungsweise anfangs September 2013 angesichts der sich zuspitzenden Lage in Syrien die Weisung Syrien erlassen, um die erleichterte Visaerteilung für einen grösseren Personenkreis zu ermöglichen. Auch bei dieser Weisung handelte es sich um eine Konkretisierung der Voraussetzungen für ein Visum aus humanitären Gründen gemäss Art. 2 Abs. 4 VEV, welche neben der Weisung humanitäres Visum zur Anwendung gelangte. Diese Weisung Syrien wurde indessen am 29. November 2013 wieder aufgehoben (vgl. BVGE 2015/5 E. 4.2).

E. 5.1

Die Gesuchstellenden unterliegen als syrische Staatsangehörige der Visumpflicht gemäss Art. 4 VEV beziehungsweise der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 (vgl. oben, Erwägung 3.3).

E. 5.2

Das SEM hat die Ausstellung von für den gesamten Schengen-Raum geltenden Visa zu Recht abgelehnt. Es hat diesbezüglich in zutreffender Weise ausgeführt, dass die fristgerechte Ausreise der Gesuchstellenden aus dem Schengen-Raum nach Ablauf der Geltungsdauer der Visa nicht gesichert sei.

E. 5.3

Ebenfalls nicht erfüllt sind die Voraussetzungen für die Erteilung von Visa mit beschränktem Geltungsbereich gemäss Art. 2 Abs. 4 VEV i.V.m. Art. 5 Abs. 4 Bst. c Schengener Grenzkodex.

E. 5.4

Es bleibt damit zu prüfen, ob das SEM auch zu Recht die Erteilung von Einreisevisa in die Schweiz aus humanitären Gründen abgelehnt hat.

E. 5.4.1

In den Rechtsmitteleingaben wurde geltend gemacht, die Situation der Gesuchstellenden in der Türkei sei angesichts überfüllter Unterkünfte, fehlender finanzieller Ressourcen und beschränktem Zugang zu unentgeltlicher medizinischer Hilfe sehr schlecht gewesen. Ein weiterer Verbleib in der Türkei sei deshalb nicht möglich gewesen und die Gesuchstellenden hätten sich notgedrungen zur Rückkehr in ihr Haus in J._____ in der syrischen Provinz K._____ entschlossen.

E. 5.4.2

Angesichts dessen, dass sich die Gesuchstellenden in der Türkei in relativer Sicherheit befunden haben und es sich bei Syrien um ein vom Bürgerkrieg beherrschtes Land handelt, erscheint der Verzicht auf den Schutz in der Türkei und die vorgebrachte Rückkehr der Gesuchstellenden nach Syrien kaum nachvollziehbar. Dies umso mehr als geltend gemacht wurde, dass die Gesuchstellenden in Syrien nicht nur unter den Folgen des Bürgerkriegs leiden, sondern drei Gesuchsteller von den heimatlichen Behörden gesucht würden (Haftbefehle gegen B._____ und E._____ vom [...] 2013 wegen Anstiftung zu regimekritischer Demonstration; durch die Brüder E._____ und F._____ nicht befolgte Aufgebote des Rekrutierungszentrums der syrischen Armee in J._____ vom [...] 2013 respektive [...] 2013). Doch selbst wenn die Gesuchstellenden tatsächlich nach Syrien zurückgekehrt sind, ist darauf hinzuweisen, dass sie grundsätzlich über die Möglichkeit verfügen, falls erforderlich, von ihrem in Grenznähe liegenden Wohnort in die Türkei zurückzukehren und den dort bestehenden Schutz wieder in Anspruch zu nehmen, wie dies die Brüder E._____ und F._____ auch bereits vor Monaten getan hätten. Die türkische Regierung hat in der Grenzregion zu Syrien verschiedene Flüchtlingslager aufgebaut, die vorbildlich ausgestattet seien. Eine grosse Zahl syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge lebt allerdings nicht in solchen Lagern, sondern vor allem in grösseren Städten bis weit in den Westen des Landes und damit unter der türkischen Bevölkerung. Für diese Flüchtlinge gestaltet sich der Zugang zu angemessener Versorgung zum Teil deutlich schwieriger als für die in den staatlich organisierten Flüchtlingslagern lebenden Personen, zumal der Zugang zu Arbeit nicht gewährleistet ist. Vor diesem Hintergrund ist nicht in Abrede zu

stellen, dass sich die Lebensumstände, die syrische Bürgerkriegsflüchtlinge in der Türkei antreffen können, schwierig darstellen können. Allein dieser Aspekt ist aber nicht ausschlaggebend und es ist mit dem SEM grundsätzlich davon auszugehen, dass syrische Flüchtlinge in der Türkei, sobald sie sich dort befinden, hinreichenden Schutz vor Verfolgung finden und nicht (mehr) konkret, unmittelbar und ernsthaft an Leib und Leben gefährdet sind (vgl. etwa Urteile des Bundesverwaltungsgerichts E-4773/2014 vom 27. August 2015, D-3149/2015 vom 18. August 2015, D-4022/2015 vom 9. Juli 2015, D-7073/2014 vom 6. Juli 2015, D-396/2015 vom 23. März 2015, E-7517/2014 vom 14. Januar 2015 und D-4233/2014 vom 15. Dezember 2014). An dieser Einschätzung vermag auch die im vorinstanzlichen Verfahren nicht erwähnte, sondern erst auf Beschwerdeebene geltend gemachte Gefährdung der Gesuchstellenden durch die YPG respektive PKK, die aufgrund guter Vernetzung grundsätzlich auch in der Türkei bestehe, nichts zu ändern. Bei einem weiterbestehenden respektive einem erneuten Aufenthalt in der Türkei liegen keine Anzeichen dafür vor, dass sich die Gesuchstellenden im Hinblick auf die allgemeine Lage, mit der sich die syrischen Flüchtlinge in der Türkei konfrontiert sehen, in einer besonderen Notsituation befänden, die ein behördliches Eingreifen zwingend erforderlich machen würde. Eine konkrete Gefahr einer zwangsweisen Rückführung von der Türkei nach Syrien besteht für syrische Flüchtlinge nicht. Es wird nicht daran gezweifelt, dass sich die Gesuchstellenden in der Türkei in einer schwierigen Lage befinden respektive befinden würden. Es ist jedoch mit der Vorinstanz festzuhalten, dass die Grundversorgung in der Türkei in der Regel gewährleistet ist und sich die Gesuchstellenden bei Unterstützungsbedarf an die lokalen Behörden oder die vor Ort tätigen Hilfsorganisationen wenden können. Hinsichtlich des pauschalen Einwands der Beschwerdeführers, in der Türkei werde keine umfassende, unentgeltliche medizinische Hilfe geboten, und der unsubstanzierten Rüge, die Gesuchstellenden hätten für eine (nicht spezifizierte) Behandlung viel Geld bezahlen müssen, ist festzuhalten, dass der Zugang zu medizinischen Basisleistungen in der Türkei grundsätzlich vorhanden ist, und - insbesondere in den Grossstädten wie I. _____ - ein gut funktionierendes Gesundheitssystem besteht. Sollten die Gesuchstellenden dringende, medizinische Hilfe benötigen und nicht über finanzielle Mittel verfügen, können sie sich auch diesbezüglich an die zuständigen lokalen Behörden oder die vor Ort tätigen Hilfsorganisationen wenden. Anzeichen dafür, dass die Gesuchstellenden in der Türkei einer akuten, ernsthaften und konkreten Gefährdung an Leib und Leben ausgesetzt sind respektive wären, sind damit nicht ersichtlich. Das SEM hat daher berechtigterweise befunden, ein Eingreifen seitens der schweizerischen Behörden sei nicht unumgänglich.

E. 5.4.3

Somit ist mit dem SEM festzuhalten, dass auch die Voraussetzungen für die Ausstellung humanitärer Visa gemäss Art. 2 Abs. 4 und Art. 12 Abs. 4 VEV nicht erfüllt sind.

E. 5.5

Schliesslich kann aus der Mitteilung des Bundesrats vom 6. März 2015, wonach die Schweiz in den nächsten drei Jahren grundsätzlich weitere 3000 Personen aus Syrien aufnehmen wolle, nichts zu Gunsten der Gesuchstellenden abgeleitet werden, zumal sich diese Aktion explizit an die engsten Familienangehörigen (d. h. Ehegatten und minderjährige Kinder) von Vertriebenen richtet, was auf die Gesuchstellenden (Schwester des Beschwerdeführers und deren Familie) nicht zutrifft.

E. 6

Aus diesen Erwägungen ergibt sich, dass die angefochtene Verfügung Bundesrecht nicht verletzt sowie den rechtserheblichen Sachverhalt richtig und vollständig feststellt (Art. 49 VwVG). Die Beschwerde ist abzuweisen.

E. 7

Bei diesem Ausgang des Verfahrens wären dessen Kosten grundsätzlich dem Beschwerdeführer aufzuerlegen (Art. 63 Abs. 1 VwVG). Nachdem jedoch von der prozessualen Bedürftigkeit des Beschwerdeführers auszugehen ist (Fürsorgeabhängigkeitsbestätigung vom 10. Februar 2015) und die Beschwerde nicht als aussichtslos bezeichnet werden konnte, ist in Gutheissung des Gesuchs um Gewährung der unentgeltlichen Prozessführung von einer Kostenaufgabe abzugehen (Art. 65 Abs. 1 VwVG). (Dispositiv nächste Seite)

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.